

Antrag

Fraktion der CDU

Hannover, den 10.02.2015

Haltungsbedingungen gemeinsam mit den Landwirten verbessern - Initiative Tierwohl unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Die im Jahr 2015 startende „Initiative Tierwohl“ setzt sich für tiergerechtere Haltungsbedingungen ein, die über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehen und zusätzlich entlohnt werden müssen. An diesem Ziel arbeiten die Landwirtschaft und die Fleischwirtschaft gemeinsam mit dem Lebensmitteleinzelhandel.

Der Landtag begrüÙt diesen branchenübergreifend initiierten und getragenen VorstoÙ für eine Verbesserung der Haltungsbedingungen.

Er fordert die Landesregierung daher auf,

1. der „Initiative Tierwohl“ ihre Unterstützung zuzusagen,
2. sich zur Ernährungsbranche in Niedersachsen zu bekennen,
3. sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative für eine Bündelung der zahlreichen weiteren Aktivitäten und Landestierschutzpläne einzusetzen,
4. die Umsetzung der „Initiative Tierwohl“ wissenschaftlich zu begleiten,
5. zu prüfen, ob es im Rahmen der Europäischen Innovationspartnerschaft „Produktivität und Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft“ möglich ist, Mittel für die Unterstützung der „Initiative Tierwohl“ bereitzustellen,
6. Fördermittel statt in die Ringelschwanzprämie besser in machbare Maßnahmen zu investieren, die den Tieren wirklich zugutekommen,
7. die Einführung einer Koordinierungsplattform zum Wissenstransfer und zur Verbreitung von Best-Practice-Beispielen voranzutreiben.

Begründung

Die Landwirte in Niedersachsen stehen vor der Herausforderung, gleichzeitig eine gesellschaftlich akzeptierte sowie eine international wettbewerbsfähige Tierhaltung zu gewährleisten. Es hat sich gezeigt, dass beim Verbraucher nur eine geringe zusätzliche Zahlungsbereitschaft für Produkte besteht, die aus Haltungsbedingungen stammen, deren Vorgaben über das gesetzliche Maß hinausgehen. Gleichzeitig wird höherer Tierschutz immer wieder als gesellschaftliches Ziel proklamiert. Die beteiligten Unternehmen haben mit der „Initiative Tierwohl“ einen Weg gefunden, beiden Forderungen gerecht zu werden. Der Handel zahlt pro verkauftes Kilo Fleisch oder Wurst eine Vergütung in einen Fonds ein, aus dem die stärkere Berücksichtigung des Tierwohls auf den Höfen finanziert wird. Diese Lösung ist ein Weg in die richtige Richtung. Sie darf von der Politik nicht torpediert werden, sondern verdient ihre Unterstützung und Anerkennung.

Björn Thümler
Fraktionsvorsitzender

(Ausgegeben am 11.02.2015)